

180/2003

Stuttgart, den 23.07.2003

## Grüne haken nach: Alternativen zu Thermoselect?

### Ausfall der Karlsruher Abfallbehandlungsanlage könnte kostenträchtige Folgen haben

---

Mit den Folgen eines möglichen Endes der Abfallbehandlungsanlage Thermoselect in Karlsruhe wird sich auch der Landtag befassen. In einem heute (Mittwoch) eingebrachten Antrag wird die Landesregierung aufgefordert Auskunft zu geben, welche Kreise und Kommunen derzeit in der - aufgrund technischer Probleme nach wie vor nicht in Volllast betriebenen - Anlage entsorgen lassen und wie die Behandlung dieser Abfälle sichergestellt sein wird, wenn sich die EnBW aus der Betreibergesellschaft von Thermoselect zurückziehen sollte. „Zwar ist die EnBW vertraglich verpflichtet, die Behandlung der Abfälle 5 Jahre lang sicherzustellen, doch die Frage nach entsprechenden Kapazitäten in Baden-Württemberg stellt sich gleichwohl“, so der grüne Landtagsabgeordnete und umweltpolitische Sprecher Boris Palmer. Selbst wenn die EnBW in anderen Anlagen entsprechende Kapazitäten erhalten könnte, würde dies für die Bürger der betroffenen Gebietskörperschaften Auswirkungen haben, da knappe Kapazitäten und Mülltransporte die Gebühren nach oben treiben werden.

Ab 1. Juni 2005 darf kein Hausmüll mehr auf Deponien abgelagert werden. Die Behandlungskapazität der Thermoselect-Anlage von 225.000 Tonnen pro Jahr ist für die ab dem Jahre 2005 verbleibende Restabfallmenge einkalkuliert. Zusammen mit den dann

möglicherweise wieder in Baden-Württemberg verstärkt anfallenden Gewerbemüllmengen könnte es schnell zu einer Situation kommen, so Boris Palmer, dass die im Lande vorhandene Behandlungskapazität nicht ausreicht. Palmer machte außerdem darauf aufmerksam, dass 5 Jahre kaum ausreichen würden, sollte das Ende der Thermoselect-Anlage die Planung, Genehmigung und den Bau von neuen Hausmüllbehandlungsanlagen erfordern.

In ihrem Antrag wollen die Grünen von der Landesregierung zudem wissen, ob und wenn ja in welchem Umfang es beim Betrieb der Karlsruher Anlage nach wie vor zu Abweichungen gegenüber den in den Genehmigungsbescheiden enthaltene Anforderungen kommt und wie diese zu beurteilen sind. Ein Volllastbetrieb ist derzeit immer noch nicht möglich, was ebenfalls auf technische Probleme schließen lässt.